

### **Atomausstieg: Ostdeutschland zum Gewinner der Energiewende machen**

Die Energiewende ist klimapolitisch notwendig. Sie bietet für Ostdeutschland wirtschaftliche Chancen. Um diese zu nutzen, sind eine zuverlässige und ambitionierte Förderung der Erneuerbaren Energien, eine Unterstützung der Gebäudesanierung, die auch im Osten wirkt, und eine gerechte Verteilung der Netzausbaukosten notwendig.

Bereits jetzt ist die Energiewende in Ostdeutschland Realität: Sonne, Wind und Biomasse leisten einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Energieversorgung. Die Hersteller von Solar- und Windanlagen tragen wesentlich zum Aufbau von Arbeitsplätzen bei. Diese Stärke Ostdeutschlands muss genutzt werden, den notwendigen Umbau des Energiesystems mit der zukunftsfähigen Entwicklung Ostdeutschlands zu verknüpfen.

Das Energiepaket der Bundesregierung verspielt Chancen. Einseitig setzt sie auf zentrale Versorgungsstrukturen, die erfolgreichen regionalen Strukturen werden in Frage gestellt. Bereits mit der letzten Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat die Bundesregierung die Solarenergie ausgebremst. Mit dem jetzt vorliegenden Energiepaket droht nun sowohl der Windenergieerzeugung am Land als auch der Biomasse das selbe Schicksal.

Die Landesgruppe Ost in der SPD-Bundestagsfraktion fordert, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen und Ostdeutschland zu einem Gewinner der Energiewende zu machen.

Dazu ist es notwendig:

. die Erneuerbaren Energien zuverlässig und ambitioniert weiter zu fördern. Die Bundesregierung setzt einseitig auf zentrale Großprojekte. Soll die Energiewende gelingen, brauchen wir aber sowohl die großen Windparks im Meer als auch die vielen kleinen Windkraft-, Solar und Biogasanlagen. Die Bundesregierung wiederholt somit alte Fehler: So wie sie letztes Jahr den Ausbau der Solarenergie gebremst hat, so werden die im Energiepakt vorgeschlagenen Maßnahmen den Ausbau der Windenergie an Land und der Biomasse bremsen. Sie gefährdet damit Arbeitsplätze bei den Anlagenbauern in Ostdeutschland. Die Bundesregierung will verstärkt große Biogasanlagen fördern. Damit greift sie in die Struktur der ostdeutschen Landwirtschaft ein. Als Folge von großen Biogasanlagen in Ostdeutschland drohen steigende Pachtpreise und eine Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion.

. die Gebäudesanierung so zu fördern, dass diese Förderung auch im Osten wirkt. Die Förderung der Gebäudesanierung spart Energie, sie regt erhebliche Investitionen an und schafft Beschäftigung im Handwerk. Die geplante Förderung über die Einkommensteuer wird auf Grund der niedrigeren Einkommen und des höheren Alters der Wohnungsbesitzer in Ostdeutschland aber nicht wirken. Notwendig ist vielmehr eine Programmförderung oder die Förderung über zinsverbilligte KfW-Darlehen. Damit können auch die Ostdeutschen Wohnbaugesellschaften Gebäude sanieren, denen auf Grund von Altschulden

Investitionsmittel fehlen. In dem Zusammenhang fordern wir außerdem, die vom Bundesrat in seiner letzten Sitzung vom 17. Juni 2011 geforderte Altschuldenhilferegelung dahingehend zu ändern, dass ostdeutsche Wohnungsunternehmen weiterhin von Altschulden entlastet und durch entsprechende Förderung die Sanierung bzw. der Umbau von Innenstädten weiter betrieben werden kann.

. die Netzausbaukosten gerecht zu verteilen. Die örtlichen Netzentgelte und damit die Strompreise hängen von den regional unterschiedlich hohen Kosten für die Netzintegration von erneuerbaren Energien ab. Notwendig ist daher ein bundesweiter Mechanismus zum Ausgleich der unterschiedlichen Netzentgelte durch Belastungen der Netzintegration von EEG- Anlagen. Ohne einen solchen Mechanismus stellen hohe Netzentgelte und damit Strompreise in Regionen mit hohen Netzintegrations- und Einspeisekosten einen Standortnachteil für die dort ansässigen Unternehmen dar.